

Zeitung für das Dilltal.

Amtliches Kreisblatt für den Dillkreis.

Abgabe täglich nachmittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: vierteljährlich ohne Fracht 2,40. Bestellungen nehmen entgegen die Geschäftsstelle, anßerdem die Zeitungsboten, die Landbriefträger und sämtliche Postanstalten.

Druck und Verlag der Buchdruckerei E. Weidenbach in Dillenburg.
Geschäftsstelle: Schulstrasse 1. • Fernruf: Dillenburg Nr. 24.

Anzeigenpreise: Die kleine 6-ges. Zeile 20 Pfennig, lokale geschäftliche Anzeigen 15 Pfennig, die Reklamenzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholungs-Annahmen Rabatt oder günstige Zinsen. Abschlüsse, Offertengeldchen oder Auskunft durch d. Geschäftsstelle 25 Pfennig.

Nr. 70

Samstag, den 23. März 1918

78. Jahrgang

Die gegnerische Front im Westen erschüttert!

Die Woche.

Der sonst so rebelle Präsident Wilson ist in der letzten Zeit auffallend schweigsam gewesen. Vielleicht lasten die spanischen Wetterwolken auf seinem Gemüte, und vielleicht ist es ihm auch unbehaglich, daß an dem alten Europa, besonders in seinem östlichen Teil, noch gar nichts von der amerikanischen Lüge haften geblieben ist. Die Londoner Konferenz der Westmächte hat durch Reuters erklären lassen, die Entente weigere sich, die vollen Friedensschlüsse zur Kenntnis zu nehmen, worauf die „Nord. Allg. Ztg.“ im Auftrag der deutschen Regierung schlagend erwiderte, es sei uns vollkommen gleichgültig, wie lange auf eine solche Bestätigung nicht den geringsten Wert. Während der oberste Repräsentant des Ententes Sam dazu schweigt, weigern sich, nach einer Zeitungsmedung, seine Vertreter im früheren Jarenreich, aus dem Umfassung der Lage die nötigen Rückschlüsse zu ziehen; eifrige Liebeserklärungen an die Außen gehen Hand in Hand mit der Aufforderung, doch alsbald das Feuer eines Wiederherstellungskrieges gegen Deutschland freundlich anzuzünden. Aber das Schicksal geht daran vorüber, ein russischer Volkskommissar hat in Berlin in aller Form die Ratifikation des Friedens angemeldet; — Laune und Stimmung in Washington bleiben schlecht. Jetzt sehen wir den demaskierten Wilson bei einer eigenartigen Pantomime. Er ist der erste, der sich an dem holländischen Schiffsbesitz vergreift, nachdem das Ultimatum der Entente an Holland zwar nicht ganz klar und nicht völlig bedingungslos, aber doch immerhin zustimmend beantwortet worden war. Anscheinend wollen die großen Hauptmächte auch diese Antwort Hollands überhaupt nicht zur Kenntnis nehmen, besonders nachdem der holländische Minister des Auswärtigen in der über das Auftreten der Entente empfundenen Kammer neuerdings die Bedingungen der Preisgabe holländischen Schiffsraums nochmals unterstrichen hatte: die Schiffe dürfen nicht zu Kriegszwecken, nicht bewaffnet und nicht in der Trappzone verwendet werden. Auch steht die Frage völlig offen, ob die in holländischen Häfen liegenden Schiffe gleichfalls ausgeliefert werden; nach amtlicher deutscher Auffassung soll der Schiffsraum in dieser Ausdehnung der Entente entzogen bleiben. Da sehen wir nun Wilson mit langen Sätzen über alle völkerrechtlichen Bedenken und Proteste hinweggehen. Hat er es so eilig, den Krieg zu gewinnen? Nein, vom kommenden Sieg ist er wohl schwerlich innerlich noch überzeugt. So paradox es klingt: er rennt, um Zeit zu gewinnen. In der Wirkung des deutschen U-Bootes noch eine Welle standhalten zu können und dann, nicht gar so unermittelt, in irgendeinem Hafen der Verständigung einzulassen. Durch die Anwendung „rechtmäßiger Gewalt“ fährt er sich vielleicht auch der Verschärfung entziehen, Holland für Schiffsverluste späterhin zu entschädigen. Die Frage bleibt noch offen, ob zwischen Holland und der Entente ein Bruch vermieden werden kann. Die Meinung dazu scheint die holländische Regierung, trotz der Erregung im Lande, zu besitzen, nachdem das erbällische Berliner Frage- und Antwortspiel zwischen dem auswärtigen Amt und dem Kriegsernährungsamt, ob den Holländern 100 000 oder 50 000 Tonnen Getreide zur Verfügung gestellt werden könnten, beide Male mit einem unbedenklichen Nein geendet hat.

Wenn die Entente durch die Wegnahme holländischer Schiffe einen kleinen Vorsprung gewonnen haben könnte, so ist es gleichwohl in diesen Tagen deutscher geworden, daß ihre Kriegspolitik dem Abgrunde zugeht. Der mit allen Mitteln der Verdrängung betriebene Schiffsneubau geht auf Kosten der Munitionsherstellung und des anderen Lieferungswezens. Die durch vielleicht 150 000 Amerikaner „verstärkte“ Westfront unserer Gegner soll der deutschen Offensive standhalten, die am Donnerstag morgen mit wuchtigen Artilleriebeschüssen auf breiten Frontstrecken begonnen zu haben scheint. „Nicht ohne Schauer greift des Menschen Hand in des Geschicks geheimnisvolle Urne“ — das gilt für unseren gegenwärtigen Meister der Schlachtfelder so gut wie für den des Dreißigjährigen Krieges. Die grausamste Massenvernichtung von Menschen steht bevor; war es nicht menschlich und natürlich, dem verdammten Gegner Zeit zu lassen, sich in den unvermeidlichen Verzärtel auf seine bekannnten Pläne auch ohne weiteres Blutvergießen zu fügen? Wir haben lange zugewartet, so lange es mit der militärischen Lage und ihren Notwendigkeiten zu vereinbaren war. Aber die Entente, die den Krieg gewollt hat, will auch dieses neue Furchtbare, und so muß es geschehen! Nie war uns Vertrauen auf unsere Heeresführung so fest, nie war die Beimengung von Bangigkeit oder von Hoffeln am Gelungen so gering wie heute. Auch im Innern sind wir, trotz mancher auseinandergehenden Meinungen über die nächsten Ziele des Friedens, trotz der Unterschiede zwischen Vaterlands- partei und Volkbund für Freiheit und Vaterland, ein einiges,

16.000 Gefangene, 200 Geschütze.

Neue große Erfolge.

Berlin, 23. März, abends. (W. B. Amlich)
Die Erfolge des gestrigen Tages in den Kämpfen zwischen Arras und La Fère wurden in Fortführung unseres Angriffes erbeutet.

16.000 Gefangene, 200 Geschütze wurden bisher gemeldet.

Vor Verdun über den Feuerkampf gesteigert. Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Englisches Eingeständnis.

London, 22. März. (W. B.) Der Korrespondent des Reuterschen Bureaus an der britischen Front drahtet abends: Die Deutschen scheinen dadurch, daß sie, von starker Artillerie unterstützt, große Massen in den Kampf werfen, in die Frontlinie zwischen Scarpe und Bendeuil eingedrungen zu sein. Wenn wir nicht die notwendigen Gegenmaßnahmen ergreifen, scheint die gesamte Lage für den Augenblick erschüttert.

Die feindlichen Meldungen.

Englischer Bericht vom 21. März abends: Heute früh gegen 8 Uhr unternahm der Feind nach einer heftigen Beschießung mit Explosiv- und Gasgranaten gegen unsere vorderen und rückwärtigen Linien mächtige Angriffe auf einer Front von über 80 Kilometer zwischen der Dife (Gegend von La Fère) und der Senisee (Gegend von Croisilles), während er gleichzeitig mehrere Artilleriedemonstrationen auf einer breiten Front nördlich des Kanals von La Bassée ausführte. Der seit einiger Zeit vorbereitete Angriff wurde den ganzen Tag über mit äußerster Kraft und Energie vorgetrieben. Die Stürmenden konnten unsere Vorpostenlinien überschreiten und auf einer Anzahl Punkte in unsere Stellung eindringen. Die in dichten Formationen ausgeführten Angriffe kamen dem Feind sehr teuer zu stehen, der äußerst schwere Verluste erlitt. Die Schlacht dauerte auf der ganzen Frontausdehnung mit großer Heftigkeit an. Wir stellen rasch zahlreiche Verstärkungen innerhalb der deutschen Linien fest. Zu ihnen gehörten Einheiten der speziell für einen großen Angriff ausgebildeten Garde, die bereits festgestellt wurden. Aus der Prüfung abgefangener Karten, welche die Pläne des Feindes enthalten, geht hervor, daß der Gegner auf keinem Teil der breiten Front sein Ziel erreichen konnte.

zum Sieg entschlossenes Volk. Der Reichstag hat, mit Ausnahme einiger von allen Tatsachen „Anabhängigen“, die Friedensschlüsse gutgeheißen, die neuen Milliardenkredite bewilligt, und weder die Angehörlichkeiten des Direktoriums der Daimler-Werke noch der Fall Riknowsky konnten die Lage ernstlich gefährden. Beschämend ist es freilich, daß ein so unzuverlässiger, eifriger, zu so hohem Maße unbefähigter Mann wie Fürst Riknowsky unser Vorkämpfer gerade an dem wichtigsten Platze, in London, gewesen ist. Welch ein Zeichen von Zerüttelung in Art, Bestimmung und Charakter, daß er, um persönlicher Rechthaber willen, versucht hat, die Hauptschuld an diesem Kriege der deutschen Politik in die Schuhe zu schieben! Er konnte und sah in England nur sich und seine „Erfolge“, gewahrte aber nicht, wie Deutschland feindselig eingekreist und er selbst mit Lügen und Mäusen für die englische Vorkämpferschaft eingewickelt wurde. Es ist nur gut, daß auch die deutsche Sozialdemokratie auf die Selbstbarmherzigkeit dieses Diplomaten hinweist. Wir haben in Deutschland nicht, wie in Frankreich, ein „Tiger“-Regiment, sonst würde es dem Fürsten Riknowsky schlecht ergehen. Wir lassen ihn als einen Kranken, nur halb Zurechnungsfähigen und daher Bemitleidenswerten seiner Wege ziehen, nachdem er bedauert hat, daß seine „Tatschritte“ in die Öffentlichkeit gelangt ist.

Die Taktik des Reichskanzlers Gasen Hertling, der sich am Reichstag wieder kurz und bestimmt, aber doch anscheinend

Die Furcht vor der Wahrheit!

Genf, 22. März. Das französische Kriegsministerium hat der Presse gestern abend zugleich mit dem Tagesberichte von 11 Uhr folgende Mitteilung gegeben lassen: Die Möglichkeit einer feindlichen Offensive hat die Regierung veranlaßt, im voraus die unbedingten Regeln festzusetzen, denen sich die Presse während dieses Zeitraums und besonders beim Beginn zu unterwerfen hat: 1. In Berichten über die Ereignisse dürfen nur veröffentlicht werden a) die aus dem Großen Hauptquartier stammenden Tagesberichte über die Operationen, b) Artikel der beim Großen Hauptquartier zugefassenen Kriegskorrespondenten, die mit dem Bisum des Kriegsministeriums versehen sind. 2. Sachliche Artikel zur Beurteilung der Lage müssen derart abgefaßt sein, daß sie nichts enthalten, was im Widerspruch steht mit dem Sinn der amtlichen Tagesberichte; die Schlussfolgerungen derartiger Artikel dürfen weder Uebertreibungen enthalten, noch von Erklärungen begleitet sein, die den Feind unterrichten könnten. Die Veröffentlichungen von Informationen und Artikeln ohne amtliche Ermächtigung sind den strengsten Strafen ausgesetzt.

Frankreichs Offensiv-Vorbereitungen zu Ende?

Genf, 22. März. (I. L.) Eine Havasdepesche vom Dienstag meldet: Frankreichs Vorbereitungen zum Endkampf sind beendet. Die Militärattachés der Alliierten sind an die Front abgereist.

Das Seegefecht in englischer Beleuchtung.

London, 22. März. (W. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die englische Admiralität teilt mit: Der Viceadmiral von Dover berichtet, daß es heute vormittag zwischen 4 und 5 Uhr bei Dünkirchen zu einem Torpedojägerkampf gekommen ist. Drei englische und drei französische Torpedojäger gerieten mit einem Torpedojägergeschwader, das Dünkirchen zehn Minuten lang beschossen hatte, ins Gefecht. Der Admiral berichtet, er glaube, daß zwei feindliche Torpedojäger und zwei feindliche Torpedoboote versenkt worden seien. Ueberlebende von zwei feindlichen Torpedobooten seien aufgefischt worden. Fahrzeuge der Alliierten seien nicht versenkt worden. Ein englischer Torpedojäger sei beschädigt worden, habe aber den Hafen erreichen können. Die englischen Verluste seien gering. Die Franzosen hätten keine Verluste gehabt. (Wir verweisen auf die amtliche deutsche Generalstabmeldung.)

über die Ziele der deutschen Politik auszusprechen wußte, ist bisher von keiner Seite her angefochten worden. Der seine Staub der alten Parteiprinzipien hat sich allmählich niedergeschlagen. Allerdings will, wie der „Vorwärts“ mittelt, die Reichstagsmehrheit noch eifrig den alten Formeln Genüge tun. So soll ein Antrag eingebracht werden, wonach dem Selbstbestimmungsrecht in Polen, Litauen und Rußland Rechnung getragen, der Aufbau der Selbstverwaltungen gefördert und die bisherige Volksvertretung in den genannten Ländern auf eine breitere Grundlage gestellt werden soll. Damit wird sich die Regierung wohl abfinden können. Eine sozialdemokratische Anregung, wonach bei künftigen Friedensverträgen auch Mindestforderungen auf dem Gebiet des Arbeiterrechtes und der Sozialversicherung vereinbart werden sollen, fand die Sympathie der Regierung und die Annahme durch die Parteien im Hauptauschuß des Reichstags. Auf der anderen Seite suchen die Konservativen den Reichstag für Kriegsentscheidungen zu gewinnen, indem diese als rechtliche Mittel zur Fürsorge für heimkehrende Krieger und Kriegsbeschädigte sowie deren Familien ausbedungen werden sollen. Das Schicksal dieses Antrages, der, anscheinend zu einer Reformulassung, einstweilen zurückgezogen wurde, ist ungewiß. Die Reichstagsmehrheit wird sich vermutlich, da er ihrer bekannnten Entschiedenheit zuwider ist, nicht darauf einlassen.

Wo?

Bei jedem Bankier, jeder Bank, Sparkasse, Postanstalt, Versicherungsgesellschaft, Kreditgenossenschaft werden Kriegsanzleihezeichnungen entgegengenommen!

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 22. März.

Am Tische des Bundesrats: v. Bayer, Graf Roehren, u. Wallraf.

Nach Erledigung verschiedener Anfragen wird in die 3. Lesung der

15-Milliarden-Kreditvorlage

etgetreten.

Abg. Ober (Soz.): Ueber unsere Beurteilung des Friedens haben wir keinen Zweifel gefasst. Wir werden darüber noch beim Friedensvertrag sprechen. Die Reichsregierung hat ausdrücklich erklärt, daß sie den Völkern in Polen, Litauen und Kurland das Recht zusichere, die künftige Gestaltung ihres Schicksals selbst zu bestimmen. Wir erwarten vom Reichskanzler auf das Bestimmteste, daß er sich durch keinerlei Widerstände von der Erfüllung dieser gegebenen Zusicherung abhalten lassen wird. Es wird nur auf diesem Wege möglich sein, mit unseren östlichen Nachbarn in ein gutes und wirtschaftlich gedeihliches Verhältnis zu kommen. Im Westen sind leider keine Aussichten auf Frieden trotz aller unserer Bemühungen. Der Reichskanzler hat dem Reichstag Wilsons ausdrücklich zugestimmt und war auch bereit, mit der belgischen Regierung in eine Aussprache einzutreten. Eine Antwort ist bisher nicht erfolgt. Dagegen haben sich die Staatsmänner Englands und Frankreichs für die Fortsetzung des Krieges erklärt. Wir befinden uns daher immer noch in der Verteidigung und deshalb stimmen wir den geforderten Kriegskrediten zu. (Lebhafter Beifall.) Redner fragt noch, wo das Arbeitsamergesetz und die Aushebung des § 133 bleiben.

Abg. Graf Westarp (kons.): Die Ausführungen des Berichters über Polen, Litauen und Kurland sind sehr ansehbar, ich erachte aber ein Eingehen auf Einzelheiten in dieser Stunde nicht für angebracht.

Abg. Bernstein (unabh. Soz.): Die Kriegskosten sind bereits auf 124 Milliarden Mark gestiegen. Die Regierung treibt keine aufrichtige Friedenspolitik. Wir lehnen daher die Vorlage ab.

Damit schließt die Aussprache.

Die Kreditvorlage wird mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der unabh. Sozialdemokraten angenommen. Die Nachtragsforderung in Höhe von 3 1/2 Millionen Mark zur Errichtung eines Dienstgebäudes für die Reichsschuldenverwaltung wird in 2. und 3. Lesung ohne Aussprache angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des

Friedensvertrages mit Rußland und Finnland

und der Zusatzträge.

Berichterstatter Abg. Junck (nl.): Der Ausschuss schlägt vor, die Vorlage anzunehmen. Der Ausschuss trägt einige Entschärfungen vor: 1. auf Sicherung der durch das russische Zahlungsverbot entwerteten deutschen Forderungen durch Uebernahme einer Auslandswirtschaft, 2. auf Einfügung von Schiedsgerichtsklauseln für entsprechende künftige Friedensverträge; 3. Vereinbarungen über eine Mindestforderung auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und der Sozialversicherung. Eine Entschärfung der Mehrheitspartei fordert die Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes für Polen, Litauen und Kurland und den Ausbau der bisherigen Volksvertretungen auf breiterer Grundlage.

Abg. Scheidemann (Soz.): Das Ziel der Sozialdemokraten ist, den Krieg durch Verständigung beendigt zu sehen. Dieses Ziel ist durch den vorliegenden Friedensvertrag nicht gefördert worden, da er sich auf eine Nachpolitik stützt. Wir fordern eine wirkliche demokratische Selbstbestimmung Polens, Litauens und Kurlands, damit ein dauerndes freundschaftsverhältnis Deutschlands mit diesen Staaten und dem russischen Volke nicht unmöglich gemacht wird. Da aber durch den Vertrag der Kriegszustand im Osten tatsächlich beendet wird, so wollen wir ihn nicht ablehnen. Wir werden uns der Abstimmung enthalten. Dem Vertrage mit Finnland stimmen wir zu.

Abg. Gröber (Ztr.): Auf eine andere Weise war der Frieden nicht zu erreichen. Daß der Friedensvertrag gut ist, dafür gibt es keinen besseren Beweis als den Wutschrei Englands. Für uns ist das wichtigste in der Entschärfung die Stelle über die Schiedsgerichte. Die volle Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes der Randvölker ist zur Erhaltung der freundschaftlichen Beziehungen von Bedeutung. Was Polen anlangt, so scheint eine friedliche Lösung der Cholmer Frage erreichbar zu sein, aber auch die Behandlung der Polen in Deutschland muß sich sehr wesentlich entwickeln.

Stellvertreter des Reichskanzlers v. Bayer: Die Reichsleitung kann der vorliegenden Entschärfung im wesentlichen eine Bekräftigung der bisher von ihr betriebenen Politik erblicken. Die Selbstständigkeit Kurlands ist von der Reichsleitung anerkannt worden. Aus Litauen ist eine Deputation nach Berlin unterwegs, mit den nötigen Vollmachten ausgerüstet. Dieser Deputation gegenüber wird es keine Schwierigkeiten machen, die Anerkennung der Selbstständigkeit auch dieses Landes abzugeben. (Beifall.) Wir zweifeln nicht, daß es gelingen wird, aus beiderseitiger freundschaftliche und friedliche Zusammenleben zu regeln und dauernd zu erhalten. Die staatliche Existenz Polens muß von unserer Seite nicht erst anerkannt werden. Auch die Reichsleitung ist der Ansicht, daß es als eine Voraussetzung der gedeihlichen staatsrechtlichen Entwicklung angesehen werden muß, daß die künftigen Volksvertretungen der in Betracht kommenden Länder auf breiterer Grundlage ausgebaut werden. Das Bestehen nach Einführung einer einheitlichen Verwaltung in diesen durch die Opfer des Krieges so schwer betroffenen Staaten scheint auch der Reichsleitung ein gerechtfertigtes Streben. Die Reichsleitung ist bereit, an ihrem Teile ernstlich darauf hinzuwirken, daß den verständlichen Wünschen der Völker entsprochen wird und daß die von den Volksvertretungen gewünschten Vereinbarungen mit dem Deutschen Reich so bald als möglich getroffen werden.

Abg. v. Cöster (kons.): Wir werden der Entschärfung des Ausschusses zustimmen. Aber nicht der Entschärfung der Mehrheitspartei, da sie die Interessen der Randvölker den Interessen des Deutschen Reiches voransehen. Bei allem Wohlwollen für die Bewohner der Randstaaten wünschen wir doch, daß in erster Linie den Bedürfnissen des Deutschen Reiches, vor allen Dingen der militärischen Grenzsicherung unserer östlichen Provinzen Rechnung getragen werde. Unsere Entschärfung für die Kriegsschadensabgabe spricht für sich selbst und wir hoffen, daß sie möglichst einstimmig angenommen wird. Auch die Entschärfungen der Nationalliberalen über Litauen und Estland werden wir annehmen.

Inzwischen sind weitere Entschärfungen eingegangen vom Abg. Dr. Stresemann über die Erweiterungen der Vertretungen von Kurland und Litauen und vom Abg. Grafen Westarp (kons.) betr. Kriegsschadensabgabe.

Abg. Daase (unabh. Soz.): Wir sehen in dem Frieden mit Rußland die rücksichtslose Durchsetzung des deutschen Schwertfriedens. Die Entwicklung hat den Mehrheitspartei den Recht gegeben. Die Militärpartei hat glatt gesiegt. Rußland betrachtet den Frieden als entehrend. Das beweist der Verlauf des Moskauer Sowjet-Kongresses.

Abg. Dr. Stresemann (nl.): Den Resolutionen des Ausschusses stimmen wir zu, ebenso sind wir für den konservativen Antrag auf Kriegsschadensabgabe. Unsere eigene Entschärfung sehen wir als eine Ergänzung der Entschärfung der Mehrheitspartei an. Wir wünschen auch die Selbstbestimmung für Estland und Litauen. Als okkupierende Macht sind wir es, die die Beschlässe über die staatliche Zukunft der Länder entgegenzunehmen haben. Das ist der Sinn unserer Entschärfung.

Abg. Daase (fortf. Sp.): Die Entschärfung des Hauptausschusses zeigt, in welchem Geiste der Friedensvertrag ausgelegt werden wird. Wird er so durchgeführt, so ist von Annexionen keine Rede. Es ist in unserem Interesse, daß die Randstaaten ihr freies Selbstbestimmungsrecht haben. Wir wollen nicht, daß im Osten ein Balkan entsteht. Deshalb lehnen wir jede Gewaltspolitik ab. Wir stimmen den beiden Friedensverträgen zu.

Abg. Frhr. v. Gamp (D. Fr.) tritt für eine Kriegsschadensabgabe ein und wendet sich gegen die polnischen Ansprüche.

Abg. Dr. David (Soz.): Der Entschärfung des Ausschusses, die das Reich für Auslandsforderungen haftbar machen will, können wir nicht zustimmen. Auch können wir die Fürsorge für die Hinterbliebenen und Invaliden nicht von der Rückzahlung einer Kriegsschadensabgabe abhängig machen. Die nationalliberale Entschärfung betr. Estland und Litauen lehnen wir ab. Redner wendet sich dann gegen den Abg. Daase. Die Verweigerung der Kriegskredite würde zum Zusammenbruch der politischen Leitung und zur Unmacht des Militärs führen.

Abg. Scheidemann (Soz.): Wir lehnen es ab, uns an dieser Raubbauerei zu beteiligen, und angesichts der großen Kämpfe im Westen dem Reichstag zu einem unabhängigen Jahlabend zu machen.

Die Scholle

Wie ehrwürdig kommt uns die sonst wenig beachtete Scholle vor, wo wir wissen, daß wir ihrem Ertrag den Bestand des Vaterlandes verdanken. In mühseliger Arbeit hat der deutsche Landwirt ihr die Lebensmittel in 5 Jahren großer Prüfungszeit abgerungen. Kein Wunder, daß er mit der Scholle sich noch fester verwachsen fühlt, als je zuvor. Die Scholle hat es ihm auch gedankt, schuldenfrei hat sie seinen Besitz gemacht. Wer wollte es dem Bauer nicht gönnen? Vergesse er aber nicht, daß er nur ernten konnte, weil die Scholle von den Schrecknissen des Krieges verschont blieb. Deutschem Boden, deutscher Scholle verdankst Du Deinen guten Gewinn, deutscher Landwirt. Lasse nun aber auch Deinen Verdienst durch den Kriegsanleihschein zur Waffe werden, auf daß Deine Scholle weiter in gutem Schutze tragen und daß sie deutsch bleiben kann.

Abg. Graf Westarp (kons.) begründet nochmals die konservative Entschärfung. Die Fürsorge für die Kriegsschadensabgabe wird ungeheure Mittel erfordern, die wir nur durch die Kriegsschadensabgabe aufbringen können.

Auf Antrag des Abg. Dr. Müller-Weinigen (f. B.) wird der konservative Antrag über die Kriegsschadensabgabe, die nationalliberale Entschärfung über das Schicksal Estlands und Litauens und aus dem Ausschussantrag der Abg. über die Ausfallbürgschaft an den Hauptausschuss zurückerwiesen.

Abg. Junck (nl.) berichtet über die weiteren Bestimmungen. Er stellt fest, daß Estland und Litauen noch der russischen Oberhoheit unterstehen.

Nach weiteren Auseinandersetzungen der Abgeordneten Erzberger (Ztr.), Nobel (kons.) und Dr. Stresemann (nl.) über diese Frage erklärt

Unterstaatssekretär v. d. Busche: Was der Berichterstatter mitgeteilt hat, ist durchaus der Standpunkt des Auswärtigen Amtes. Die Gebiete Estland und Litauen unterliegen noch der staatlichen Oberhoheit Rußlands.

Abg. Junck (nl.) berichtet über die Armenierfrage. Die türkische Heeresleitung ist gewillt, die Armenier milde zu behandeln.

Unterstaatssekretär v. d. Busche erklärt zu einer weiteren Vertragsbestimmung, daß sich die Bestimmungen über die beiderseits Internierten nur einerseits auf die von Rußland zurückgehaltenen Internierten und Vermissten Deutschlands und andererseits auf die von Deutschland zurückgehaltenen Russen beziehen. Auf die Angehörigen der besetzten Gebiete erstreckt sich dieser Vertrag nicht. Die weiteren Fragen müßten in besonderen Staatsverträgen behandelt werden. Es ist ein Abkommen getroffen worden, daß die zwangswelse aus den besetzten Gebieten nach Deutschland zur Arbeit gebrachten Personen zurückzubringen sind, ebenso wie die Russen die aus Ostpreußen Verschleppten zurückzubringen.

Abg. v. Trampezzinski (Pole) tritt für die Freilassung der in Deutschland zur Arbeit zurückgehaltener Polen ein.

Der polnische Antrag wird ebenso an den Ausschuss verwiesen.

Darauf wird der russische Friedensvertrag in 2. Lesung angenommen, ebenso der Friedensvertrag mit Finnland.

Die Entschärfung der Mehrheitspartei wird gegen die Stimmen der Konservativen und der unabhängigen Sozialdemokraten angenommen, ebenso die Ausschussentschärfungen über die Schiedsgerichte und den Arbeiterschutz. Darauf werden die Friedensverträge in 3. Lesung gegen die Sozialdemokraten angenommen.

Das Haus vertagt sich.

Vizepräsident Dr. Baasche gedenkt in einer Schlussansprache der Arbeiten des Reichstages und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die neue Offensiv den Krieg zu einem glücklichen Ende und der Welt den Frieden bringen werde.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 16. April, nachm. 3 Uhr. Daimler-Angelegenheit und Postverwaltung.

Eine Resolution der Reichstagsmehrheit.

Berlin, 22. März. Die Mehrheitspartei des Reichstages bringen, wie der „Vorwärts“ mitteilt, zur dritten Lesung des deutsch-russischen Friedensabkommens folgende Resolution ein: „Der Reichstag spricht bei Verabschiedung des deutsch-russischen Friedensvertrages die Erwartung aus, daß gemäß der Erklärung des Reichskanzlers vom 29. November 1917 und den Erklärungen des deutschen Friedensunterhändlers in Brest-Litowsk dem Selbstbestimmungsrecht von Polen, Litauen und Kurland Rechnung getragen wird, daß sofort Schritte getan werden, um den staatlichen Ausbau mit einheitlicher Zivilverwaltung in die Wege zu leiten, daß die bisherigen Volksvertretungen auf eine breitere Grundlage gestellt werden, daß die von den bisherigen Volksvertretungen mit dem Deutschen Reich gewünschte Vereinbarung tunlichst bald geschlossen wird.“

Die Abordnung des litauischen Landesrats.

Berlin, 23. März. Die Nachricht eines hiesigen Mitteilungsblattes, daß die von der Reichsregierung erwartete und angeforderte Delegation des litauischen Landesrates nicht nach Berlin kommen werde, weil ihr die Reiseerlaubnis verweigert worden sei, beruht auf einem Irrtum. Die Deputation wird heute hier erwartet.

Die Daimler-Werte.

Berlin, 22. März. (W.B.) Im Hinblick darauf, daß die Zweigniederlassung der Daimler-Motoren-Gesellschaft in Berlin-Mariensfelde mit der Daimler-Motoren-Gesellschaft in Untertürkheim (Württemberg) wirtschaftlich und finanziell eng zusammenhängt, und daß die Befugnisse der vom stellvertretenden Generalkommando des 13. Armeekorps über die Daimler-Motoren-Gesellschaft in Untertürkheim angeordneten militärischen Aufsicht nicht über den Befehlsbereich des 13. Armeekorps hinausgehen, hat das Oberkommando in den Marken die Zweigniederlassung der genannten Gesellschaft ebenfalls unter militärische Aufsicht gestellt.

Beschränkung des Fremdenverkehrs.

Berlin, 21. März. Wie bekannt, plant der Bundesrat eine Verordnung zur Beschränkung des Fremdenverkehrs. Der Entwurf hat folgenden Wortlaut: § 1. Die Landeszentralbehörden können mit Zustimmung des Reichskanzlers Bestimmungen erlassen, durch die der Aufenthalt und die Beherbergung ortsfremder Personen in Heilbädern, Kurorten, Erholungsplätzen sowie sonstigen Orten mit weniger als 6000 Einwohnern in der Zeitdauer oder in anderer Weise beschränkt wird. — § 2. Wer den nach § 1 von einer Landeszentralbehörde erlassenen Bestimmungen zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. oder mit Haft bestraft. — § 3. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Diesem Entwurf einer Bundesratsverordnung, deren nähere Ausführung also den Landeszentralbehörden vorbehalten bleiben soll, sind die nachstehenden Richtlinien beigegeben:

1. Ein durch Beruf und Erwerbsnotwendigkeit begründeter Aufenthalt ortsfremder Personen darf nicht beschränkt oder behindert werden. Die Versorgung solcher Personen muß in jeder Beziehung der Versorgung der einheimischen Bevölkerung gleichgestellt bleiben.
2. Ortsfremde Personen, die bei Ehegatten, Eltern, Großeltern, Kindern oder Enkeln Aufenthalt nehmen, sind mit den in ihrer Begleitung befindlichen Familienangehörigen den in Ziffer 1 genannten Personen gleichzustellen.
3. Für andere ortsfremde Personen kann mit Zustimmung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts landesrechtlich der Aufenthalt im Rahmen der Verordnung vom ... allgemein oder für einzelne genannte Orte auf vier Wochen beschränkt werden. Die Landeszentralbehörden können darüber hinaus auf Antrag der Vorstände von Kommunalverbänden gestatten, daß in deren Bezirk die Dauer des unbeschränkten Aufenthalts bis auf eine Woche herabgesetzt wird, wenn andere eine Erfüllung der Ablieferungs-pflicht und eine vorchriftsmäßige Versorgung der Bevölkerung nicht zu gewährleisten sind. — 4. Anordnungen zu einer vollkommenen Ausschaltung des Fremdenverkehrs, die jedoch die in Ziffer 1 und 2 genannten Personen niemals treffen dürfen, bedürfen in jedem Einzelfall der vorherigen Genehmigung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts. Sie dürfen im Höchstfall für eine Frist von vier Wochen erlassen werden. — 5. Von den nach Ziffer 3 zugelassenen Aufenthaltbeschränkungen bleiben ausgenommen Militärpersonen, die zur Kur oder Erholungszwecken zugereist sind, sowie Personen, deren Aufenthalt nach amtärztlichem Zeugnis durch eine gesundheitliche Notwendigkeit begründet ist. Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden können bestimmen, daß die Dauer eines solchen Aufenthaltes sowie die Zahl der zuzulassenden Begleitpersonen in dem amtärztlichen Zeugnis festgelegt werden. Als „amtärztliches Zeugnis“ ist jede von einem in Reichsgebiet beamteten Arzt unterzeichnete, mit einem Amtssiegel versehene Bescheinigung anzuerkennen. — 6. Die Landeszentralbehörden können mit Zustimmung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts Bestimmungen erlassen, die die Beherbergungsmöglichkeit der fremden Personen in Privathaushaltungen von einer behördlichen Genehmigung abhängig macht. Eine solche Genehmigung kann hierbei Selbstverforgern grundsätzlich verweigert bzw. entzogen werden, wenn sie ihrer Versorgungspflicht nicht genügen. — 7. Die Kommunalverbände können nach Zustimmung der Landeszentralbehörde die Zahl der ortsfremden Personen bestimmen, die seitens der einzelnen Verkehrsorte oder Gaststätten beherbergt werden dürfen. — 8. Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden können zur Beschränkung des Verkehrs den Inhabern von Gaststätten jeder Art, den Gemeindeverwaltungen, Kurverwaltungen, Fremdenverkehrsvereinen und ähnlichen Vereinen öffentliche Ankündigung ihrer Betriebe oder ihrer Einrichtungen untersagen.

Friedensbemühungen Wilsons?

Berlin, 22. März. Aus New York wird von Central News über Bern laut „Tägl. Rundschau“ gemeldet,

Die deutsche West-Offensive.

Berlin, 21. März. (Z.) Am 21. März hat die deutsche Offensive an der Westfront eingesetzt. Sie richtet sich zunächst gegen die Engländer. Die Artillerie hat entbrannt im Morgengrauen. Schon nach wenigen Stunden äußert ergebiger Feuerwirkung trat die deutsche Infanterie um 10 Uhr vormittags zwischen der Scarpe und der Dife in einer Ausdehnung von rund 80 Kilometer zum Sturm an und in harten, für den Feind äußerst blutigen Kämpfen nahm sie in breiten Abschnitten überall die englischen Stellungen. Der den Engländern völlig überraschend kommende Angriff entriß ihnen wichtige Abschnitte ihres sorgsam vorbereiteten und stark ausgebauten Kampfgeländes. Obwohl ein dicker Nebel, der erst später der Sonne wich, die Kampfaktivität anfänglich behinderte, war doch der Erfolg über Erwarten günstig. Die Einbußen der tapfer und sich wehrenden Engländer an Toten und Verwundeten sind sehr schwer, die deutschen Verluste überraschend gering. Dieser erste Großkampf hat die Verheißungsvoll für die deutsche Waffe. Der Geist der Truppe ist von freudiger Siegesüberdacht getragen. Die Beute an Gefangenen, Geschützen und sonstigem Kriegsmaterial konnte noch nicht endgültig festgestellt werden. Bis jetzt sind 16 000 Gefangene und 200 Geschütze gemeldet.

Der Kriegsberichterstatter der „Post. Ztg.“ meldet von der Westfront: Die Wirtel sind gefallen. Die ungeheure Spannung hat sich gelöst, und mit einem gewaltigen, glänzenden Schlage ist der deutsche Angriff losgebrochen. Das Ergebnis ist ein Sieg über die Engländer, der sich heute schon als eine kriegerische Ruhmestadt von hohem Belang darstellt. Von der Scarpe bis zur Dife, von Croisilles bis La Fere sind unsere Truppen vorgestoßen, haben auf dieser mächtigen Kampffront die vorderen Stellungen des Feindes überannt, an vielen Stellen auch die zweite englische Linie in ihre Hand gebracht und sind im Sturm Kilometerweit vorgedrungen. Ein Erfolg ist damit errungen, der zu dem weltgeschichtlichen Wälzerringen, das nun anhebt, den großartigen Auslast liefert. Nebereinstimmend wird berichtet, daß die englischen Verteidiger sich tapfer schlagen, aber die englische Führung war dem kolossalen Stoß nicht gewachsen. Sie muß ihn wohl vorausgesehen haben, doch sie hatte ihn vielleicht jetzt noch nicht erwartet, und wie sie oft genug früher, wenn sie selbst der angreifende Teil war, bereits ihre mangelnde Kunst neuen Aufgaben gegenüber beraten hat, so war sie nun, in die Defensive gedrängt, nicht imstande, die plötzlich aus dem Stellungskampf hervorschießende Bewegung aufzuhalten. Bis zum Abend war die englische Front auf der ganzen Breite des Schlachtfeldes verdrängt. Nördlich von La Fere setzten die Unseren über die Dife. Sie errangen diese Erfolge, obwohl in den Vormittagsstunden dichter Nebel die Operationen erheblich störte und erschwerte. Trotzdem gab es kein Aufhalten. Die Batterien mußten ohne Gefahr unmittelbare Beobachtung ihre neuen Ziele ausfindig nehmen. Die Infanterie mußte die Stellungsschnitte im Nebel ohne genügende Artillerievorbereitung mühevoll erkämpfen, aber die Bewegung blieb im Fluß. Graben auf Graben, Stützpunkt auf Stützpunkt wurde trotz Befestigung, Veräufung und Gegenwehr genommen. Das alles geschah mit wunderbarer Geistesgegenwart genau nach den entworfenen Plänen. Der Meißerschaft, die hier einen Angriff organisiert hatte, und mit einer jedes Ruhmes erhabenen Truppe ihn ausführte, konnten die Engländer nicht begegnen. In Scharen sah man die Gefangenen über das freie Feld fluten. Ihre Zahl, hoch in die tausende sich belaufend, ist noch nicht festzustellen.

Der Sonderkorrespondent der „Times“ bei der englischen Armee in Frankreich meldet, daß die Deutschen, nachdem sie zuerst ihre Artilleriefeuer hauptsächlich auf den nördlichen Abschnitt der Front konzentriert hatten, am 21. früh ein heftiges Artilleriefeuer auf einen großen Teil der englischen Abschnitts von Arras bis südlich von St. Quentin richteten. Die Beschlebung begann bei Anbruch des Tages und währte den ganzen Morgen. Im Laufe des Vormittags begannen breite vielfache Bewegungen der feindlichen Infanterie längs der gleichmäßig eingestellten Frontlinie mit sehr weit auseinander liegenden Stützpunkten, nämlich Croisilles, Bullecourt, Rognicourt, Romsoy und Hargicourt. Diese Offensivbewegung scheint sehr viel umfangreicher und größer zu sein als irgend eine andere Kriegsoperation, welche in diesem Jahre unternommen wurde. Das Wetter ist sehr schön, aber das Barometer zeigt auf unbeständig. Ein leichter Wind weht von Nordwest. Ein großer Teil von Nordfrankreich ist in dichte Nebel gehüllt, wodurch die Beobachtung erschwert wird.

U-Bootesfolge.

Berlin, 22. März. (Z.) Am 21. März im Sperrgebiet um England haben unsere U-Boote 20 000 Bruttoregistertonnen feindlichen Handelsschiffstrahms vernichtet. Die Restzahl der Schiffe wurde im Verneulung unter der englischen Küste trotz der ausgetretenen starken feindlichen Bewachungsstreitkräfte versenkt. Alle Schiffe waren bewaffnet, darunter der englische Dampfer „Clarissa Radoiff“ (5754 Bruttoregistertonnen) und ein 5000 Bruttoregistertonnen großer Dampfer mit Munitionsladung. Den Hauptteil an den Erfolgen hat Oberleutnant z. S. Barjebe.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Berichterstatter: Hermann Schreiber in Dillenburg.

Kohlenkarten.

Gewerbliche Betriebe mit einem Monatsverbrauch von über 10 t. Kohlen können die für den Monat April erforderlichen Meldefarten durch das Landratsamt beziehen. Der Preis für das Heft beträgt 25 Pfg.

Dillenburg, den 23. März 1918.

Der Königl. Landrat.

2 Schlosserlehrlinge, 2 Klempnerlehrlinge, 2 Schweiflerlehrlinge

stellen unter günstigen Bedingungen jetzt oder zu einem späteren Zeitpunkt ein. Gebr. Achenbach, G. m. b. H., Weidenau (Stg.).

Junge oder Mädchen mit gutem Schulzeugnis kann gleich nach der Entlassung aus der Schule bei mir eintreten. 1044

Krisbaumeister Köber. Stundenmädchen oder Stundenfrau gesucht. Mittelfeld 13 L.

Die Versorgung Hollands.

Haag, 22. März. Die Nahrungsmittelversorgung der Niederlande ist nun ganz unsicher. Landwirtschaftsminister Postuma hat zwar kürzlich überraschend Hilfe bekanntgegeben, daß das Brotgetreide im Notfall bis zur nächsten Ernte reichen werde, aber es scheint, daß er hierbei einige Punkte auswärtiger Zufuhr mit eingerechnet hat, die nun in Wegfall kommen. Unter der Hand läßt nun die Entente vertraulich verbreiten, man meine es nicht so schlimm, man werde die weggenommenen Schiffe bezahlen und werde Holland nicht verhungern lassen. Das heißt: die Entente wird warten, bis Holland dem Verhungern nahe ist, und dann mit der Lieferung von Getreide, Dünge- und Rohstoffen allerhand Expresungen ausüben. Unter solchen Umständen beginnen dieser Tage die Verhandlungen für das Wirtschaftsabkommen mit Deutschland, das am 1. April abläuft.

Ein Protest der Genfer Studentenschaft.

Haag, 22. März. (Z.) Die Genfer Studentenschaft ist gestern abend vor dem Gesandtschaftsgebäude des amerikanischen Gesandten erschienen und haben, nachdem der Gesandte ihren Besuch abgewiesen hat, vor der Gesandtschaft vaterländische Lieder gesungen, gepfiffen, geschrien und geschrien. Auf dem Rückwege verhöhten sie englische Internierte und sangen dann vor dem königlichen Palais patriotische Lieder.

Der Phraajendrescher Wilson.

Amsterdam, 22. März. (Z.) Zu der Beschlagnahme der holländischen Schiffe in Amerika heißt es in einer Washingtoner Meldung: Präsident Wilson hat seinen ersten Wunsch zu erkennen gegeben, daß das Interesse Hollands und der holländischen Untertanen vollständig gewährleistet werde. Er erklärte, daß Amerika, indem es in dieser Krise Gebrauch mache von dem Recht, Kontrolle über alles auf amerikanischem Gebiet sich befindende Eigentum auszuüben, nicht ungerecht gegen Holland aufträte. Gerade die Art und Weise, wie dieses Recht angewandt werde, zeige die Aufrichtigkeit der Freundschaft, die Amerika für Holland hegt.

Warenaustausch zwischen Dänemark und den Mittelmächten.

Kopenhagen, 22. März. (Z.) Wie die Blätter melden, haben die seit einiger Zeit zwischen den Vertretern Dänemarks einerseits und den Vertretern Deutschlands und Österreich-Ungarns andererseits gepflogenen Verhandlungen über den gegenseitigen Warenaustausch in den kommenden Monaten zu einem günstigen Abschluß geführt. Das Ergebnis war die Fortsetzung des Warenaustausches zwischen den genannten Ländern in unbeeinträchtigtem Umfang. Deutscherseits soll namentlich Kohle, Eisen und Stahl geliefert werden.

Leset und befolgt die Deutschen Worte der deutschen Presse zur 8. Kriegsanleihe!

Maura lehnt die Kabinettsbildung ab.

Haag, 22. März. Reuter meldet aus Madrid: Maura weigerte sich, das Kabinett zu bilden.

Die Türken nahmen Mit ein!

Englischer Heeresbericht aus Mesopotamien. Keine militärische Handlung. Während der letzten zehn Tage fiel heftiger Regen in den von unseren Truppen besetzten Gebieten. Die Türken nahmen Mit ein und erbeuteten dort eine Menge kleinкалибrierter Munition und zahlreiche Boote.

Lokales und Provinzielles.

Eine freie Scholle hat sich der deutsche Bauer im Laufe des Krieges schaffen können. Seiner rastlosen, unermüdeten Tätigkeit verdankt das deutsche Volk nicht zum wenigsten, daß es vier Jahre durchhalten konnte. Die Bewirtschaftung des Landes war aber nur möglich, weil deutsche Soldaten mit ihren Weibern einen eisernen Wall bauten, hinter dessen Schutz der deutsche Bauer ungestört für sich und für das deutsche Volk arbeiten konnte. Wie aber der deutsche Soldat den deutschen Bauern schütz, so muß umgekehrt der deutsche Bauer für das Heer sorgen. Er darf den Ruf des Heeres nach Waffen nicht ungehört verhallen lassen. Er muß zeigen, daß er als tüchtiger Mitstreiter im Kampfe gegen den Feind das Gebot der Stunde erkennt, das ihm zuruft: Zeig deine Kriegsanleihe, damit das deutsche Heer Waffen erhält, um die deutschen Fluren zu schützen.

Eibelshausen, 23. März. Gärtnerei Ort von hier erlegte am Mittwoch abend die erste Schneeflocke in diesem Jahr.

Frankfurt a. M., 19. März. Die Rhein-Nährliche Lebensmittelstelle hat gestern eine Aufsichtsmittlung abgehalten, in der die Bilanz über das abgelaufene Geschäftsjahr vorgelegt wurde. Es ergibt sich aus dem Bericht, daß der Warenumsatz, nach der einen Seite des Hauptbuches betrachtet, ca. 55 Millionen Mark betragen hat. Die Gesellschaft hat einen mäßigen Gewinn erzielt. Er überschreitet nur unwesentlich 1/2 Prozent der gesamten Umsätze. Der erzielte Gewinn wird gemeinnützigen Zwecken zugewandt, sofern er nicht für besondere Aufgaben, die der Bezirkszentrale während der Kriegszeit oder in der Übergangswirtschaft noch gestellt werden, Verwendung finden muß. — Aus dem Berichte, den die Geschäftsleitung erstattete, ist als wesentlich noch hervorzuheben, daß ein Verderb von Waren im Berichtsjahre überhaupt nicht vorgekommen ist.

Bingen, 19. März. Vier französische Offiziere in Zivilkleidern, die aus dem Gefangenenlager in Ingolstadt, wie sie eingestanden, entwichen waren, wurden heute vormittag hier festgenommen. Sie benutzten den um 7/10 Uhr hier ankommenden Frankfurter Personenzug, und einer, der gut deutsch sprach, erkundigte sich hier bei dem Fahrleitersleiter Baug über die Weiterfahrt nach Köln. Der Beamte, dem das ganze Wesen dieser Reisenden auffiel, bewirkte ihre Festnahme. Der Rücktransport erfolgt nach Erlebensgang der Formalien.

Friedenswille Serbiens?

Bern, 22. März. Die Agence Hellenique erfährt, daß eine neue serbische Kabinett entgegen den auf Befehl der belgischen Regierung abgeleitenden Erklärungen der serbischen Gesandtschaft in Athen nicht abgeneigt ist in Verhandlungen mit den Mittelmächten auf der Basis des status quo ante und unter Einwirkung in gewisse territoriale Zugeständnisse an Bulgarien einzulassen.

Das Programm Steczkowskis.

Sarschau, 20. März. (Z.) Aus der Konferenz Steczkowskis mit dem interparteilichen Klub teilt die „Gazeta Poranna“ mit, daß das von Steczkowski vorgelegene Programm gemäßigt und ein aktivistisches, ungebrochen praktisches Charakter ist, und sich nur auf inneren Angelegenheiten und den Aufbau des polnischen Staates bezieht. Steczkowski geht von der Voraussetzung aus, Polen nicht von den Zentralmächten getrennt werden könne und sich auf sie stützen müsse. In seinem Vorschlag nach Übernahme der Landesverwaltung sieht Steczkowski es für notwendig an, diejenigen Gebiete des Staatslebens sofort zu übernehmen, die keine Existenzbedingung sind. Die Übernahme der politischen Verwaltung des Finanzwesens hält er für möglich, wenn er genügend qualifizierte Beamte haben werde. Aus der Konferenz in Warschau hat er den Eindruck gewonnen, daß diese Frage günstig werden wird. In der Heeresfrage erklärt sich Steczkowski für eine möglichst schnelle Bildung des Heeres, wobei grundsätzlich den Entwurf des Generals Barth annimmt. In der Kriegszeit würde Generalgouverneur von Weizsäcker Oberkommando über das polnische Heer führen, während die übrigen leitenden Stellen von Polen besetzt werden. Die Eidesformel wäre dieselbe, die vorher beim polnischen Heere gebühlich war. Die Cholmer Frage dürfte nach den Informationen Steczkowskis eine Revision erfahren, doch hängt die Hauptentscheidung von der österreichischen Regierung ab. In der Organisation der Rückkehr der Flüchtlinge aus Rußland hofft Steczkowski Transporterleichterungen sowie finanzielle Unterstützung zu erhalten. Zur endgültigen Klärung der Frage des polnischen Hilfskorps leitete Steczkowski entsprechende Schritte ein. Aus den Konferenzen in Berlin mit dem Reichskanzler gewann er einen günstigen Eindruck. Graf Hertling erklärte ihm, daß die Frage der Grenzen Polens noch nicht entschieden sei. Verhandlungen mit Österreich in dieser Sache würden geführt, seien aber noch nicht abgeschlossen. Das Kabinett, das Steczkowski zu bilden beabsichtigt, wird nach der „Gazeta Poranna“ aus sachmännischen, jedoch keineswegs nicht unpolitischen Gründen bestehen. Der Ministerpräsident will sein Hauptaugenmerk auf die inneren Angelegenheiten richten und die äußeren Fragen nur insoweit in Angriff nehmen, als ihn die Umstände dazu zwingen werden. In diesem Falle sollen die Tatsachen, die er auf dem Gebiete schaffen wird, vorläufigen Charakter haben.

Die Abtretung niederländischer Schiffe.

Amsterdam, 22. März. Am 21. März abends dem Ministerium der Meeres- und Handelsangelegenheiten in London zugesandten Telegramm hat die britische Regierung als Antwort auf die Mitteilung der niederländischen Regierung über die Bedingungen, unter denen sie bereit ist, den niederländischen Schiffen die Fahrt in der gefährlichen Zone für die neutralen Länder zu erlauben, bekanntgegeben, daß die verschiedenen Regierungen inzwischen sofort mit der Beschlagnahme der Schiffe beginnen werden. Von den holländischen Gesandten in Washington ist noch kein Bericht in dieser Sache eingegangen.

Die Behauptung der amtlichen Neutermeldung, Wilson sei zur Begnähme der niederländischen Schiffe in den amerikanischen Häfen erst dann geschritten, als der Handelsminister die Nachricht erhalten habe, daß die Niederlande das amerikanische Ultimatum zurückwiesen, ist unzutreffend. Bekanntlich hat die niederländische Regierung dem Ultimatum kapituliert und lediglich den Vorbehalt gemacht, daß die niederländischen Schiffe weder bewaffnet noch zu Transportzwecken verwendet werden dürften, und es den Mannschaften frei bleiben solle, ob sie sich in den Häfen in die Besatzzone begeben wollten. England und Amerika hatten jedoch eine bedingungslose Antwort verlangt und haben die Antwort der niederländischen Regierung, welche die genannten Bedingungen nicht, einfach als nicht existierend bezeichnet. Es wird die Fiktion aufrechterhalten, daß Holland nicht geantwortet habe, und daß somit die Entente bereits mit dem Schiffraub zu beginnen.

Nach den amtlichen, übrigens ungenauen, Feststellungen gegenwärtig niederländische Schiffe mit rund 10000 T. in amerikanischen Häfen, die also nach dem Verlust sind. Hierzu kommen noch etwa 100000 T. in englischen, französischen und anderen Häfen in die Falle gefangen sind. Ferner sind 300000 Bruttoregistertonnen auf der Fahrt zwischen Amerika und Indien. Auch diese Schiffe sind verloren. Die Lage für Niederländisch-Indien, die der niederländische Minister des Meeresverkehrs reizen wollte, wird also sehr ernstlich, da ihm vorläufig die ganze Zufuhr abgeschnitten ist.

Neuter-Meldung. Daniels hat mitgeteilt, daß der Verkauf der holländischen Schiffe zu übernehmen, am 21. März, abends um 7 Uhr in Kraft getreten ist. Ein Teil der holländischen Mannschaft wird auf den Schiffen belassen werden, andere werden, wenn sie es wünschen, in Amerika gehalten werden und von der amerikanischen Regierung ihren Lohn ausgezahlt bekommen. Die Seeleute, die nach Holland zurückkehren wünschen, werden so rasch wie möglich dorthin befördert werden.

Neutermeldungen der Kriegsmarine haben auf die Washingtoner Regierung gestern abend 38 holländische Schiffe übernommen. Die holländischen Kasernen haben, da sie seit mehreren Tagen auf ein solches Vorgehen vorbereitet waren, nicht protestiert.

Aubholz-Versteigerung.

Stadtward Dillenburg.

Mittwoch, den 3. April, nachmittags 2 Uhr, werden im Saale der Brauerei Rahm dahier verkauft:
 Distr. Moerbornsheide 89. Eichen: 4 Stämme 5. Kl. - 1,50 Hm. Fichten und Kiefern: 407 Stämme 4. und 3. Kl. - 181,79 Hm. 168 Hm. Nst. und 31 Knäppel, 2,5 Meter lg. Bärchen: 7 Stämme 2. Kl. - 8,62 Hm. Distr. 27 Hochseite. Fichten: 210 Stämme 4. und 3. Kl. - 79,47 Hm. 15 Hm. Knäppel, 2,5 Meter lg. Distr. 38 Donsbacherberg. Eichen: 9 Stämme 5. und 4. Kl. - 3,94 Hm. 2 Hm. Nolle, 2,5 Meter lg. Totalitäten aus den Distrikten Hochseite, Langherd, Herberstruth, Fopf, Sälchen, Steinbach und Hoop. Eichen: 19 Stämme 3.-5. Kl. - 14,50 Hm. (darunter einige schöne Schneidstämme). Fichten: 3 Stämme 5. Kl. - 1,61 Hm. Fichten und Kiefern: 147 Stämme 3. und 4. Kl. - 73,25 Hm. 54 Hm. Nst. und 24 Knäppel, 2,5 Meter lg.

Nähere Auskunft erteilt Stadtförster Schneider, Dillenburg. Bei frühzeitiger Bestellung können auch Aufnahmehonorar von demselben gegen Schreibgebühr bezogen werden.
 Dillenburg, den 14. März 1918.
 Der Magistrat: J. B. Schultze

Städt. höhere Mädchenschule Dillenburg.

Das Schuljahr beginnt am 9. April, Aufnahmeprüfung an diesem Tage von 9 Uhr ab. Gefordert wird: geläufiges, lausicheres und sinnreiches Lesen leichter Defestoffe in deutschem und lateinischem Druck, Fähigkeit zur Niederschrift eines kurzen leichteren Diktates ohne größere Fehler in deutscher und lateinischer Schrift, die Grundrechnungen in der Zahlenreihe bis 1000, Beherrschung des kleinen Einmaleins. Anmeldungen werden bis zum 27. d. Mts. erbeten, Auskünfte werden in den Sprechstunden vormittags von 1/2, 12-1/2, 1 erteilt.

Der Rektor.

Mädchen-Fortbildungsschule Dillenburg.

Aufnahmetermine für das Sommerhalbjahr 1918
 Mittwoch, den 10. April, vormittags 9 Uhr.

1. Unterrichtsgegenstände des Tageskurses: Einsätze und Kunsthandarbeiten, Zeichnen, Buchanfertigung mit Ausbessern, Schneidern nebst Umändern getragener Kleidung, Pop., Lebenskunde, Buchführung, Stenographie (24 Stunden).

2. Unterrichtsgegenstände des Abendkurses: Anfertigung und Abändern von Wäsche und Kleidungsstücken (4 Stund.) 8 1/2 - 10 1/2 Uhr Montag und Donnerstag abends.

3. Der Beginn des Tages- und des Abendkurses zur Anfertigung von Ersatzjahren wird noch bekanntgegeben werden.

Schulgeld des Haupt-Tageskurses: Schülerinnen aus Dillenburg 24 M., solche aus der Umgegend 30 M. Einigen Schülerinnen kann das Schulgeld erlassen werden.

Im Abend-Nachkurs u. in den Schulkursen beträgt das Schulgeld 5 M.

Anmeldungen bis zum 1. April an die Schulleitung Wilhelmstraße 1, IV. (Fernruf 55).

Das Kuratorium.

Landwirtschaftsschule Weilburg a. L.

Das Sommerhalbjahr beginnt mit der Neuaufnahme von Schülern am 9. April. Anmeldungen, besonders für die unterste Klasse, werden baldigst erbeten.
 Direktor P. of. Dr. Helmkampff

Zur Frühjahrsaussaat

empfehlen wir

besonders für ärmere kältere Böden:

- Original Zainersfrankengerste
- Anerkannte I. Absaat Heilsfrankengerste
- Original Galizischer Kolbensommersaatweizen
- Original Petkuser Sommersaatroggen.

Ferner für mildere Lagen:

- Original Rimpaus Hanna-Gerste
- Anerkannte I. Absaat Heines-Mannagerste
- Original Rimpaus Schlanstädter Sommersaatweizen
- Anerkannte I. Absaat Strubos Schlanstädter Saatweizen. 1006

Ferner:

gute gesunde seidefreie pfälzische Rotkleesaat. Alles in prima hochkeimenden Saaten.

Landwirtschaftliche Zentral-Darlehnskasse f. Deutschland, Filiale Frankfurt a. M.

I Walzmeister

eine Anzahl Feinwalzer u. Ofenleute für unsere 250er Trio-Strasse,

I Walzmeister

für unsere 300er Doppelduo-Strasse,

2 Hebler und 2 Walzer

für unsere 600er Blockstrasse

somit gesucht.

Stahlwerk Becker, Akt.-Ges.,

Willich, Rheinland.

Städtischer Lebensmittelverkaufl.

Dienstag, den 26. März
 Butter auf Abschnitt 10 der Zeitkarten in nachstehender Reihenfolge:

Nr. 1-300 " 8-9 U. v.
 301-600 " 9-10 "
 601-900 v. 10-11 Uhr
 901-Schl. " 11-12 "

Gemüse-Konserven von 9-12 Uhr vorm. gegen Barzahlung in der Schallstraße.

Mittwoch, den 27. März
 Nudeln auf Abschnitt 38, Sappewürfel auf Abschnitt 39 der Lebensmittelkarten.

Von 8-12 Uhr Ausgabe von Bezugschein für Nährmittel an Kranke u. für Kinder unter 2 Jahren. Für 6 Stere ist Vorlage eines ärztlich Attestes erforderlich.
 Dillenburg, 23. März 1918
 Der Magistrat.

Hochträgliche Westermälder

Milch- u. Fahrkuh

zu verkaufen. (1034)
 Frohnhausen,
 Hausnummer 4.

Eine schwarze, frischmelke

Kuh

und ein trächtiges Rind zu verkaufen. (1036)
 Näheres Geschäftsstelle.

Vier Fahrolsen,

gute, ein- und doppelspännig zuverlässig, stehen zum Verkauf bei 1042

Gastwirt Göbel,
 Niederscheid b. Dillenburg.

Hochtragende Schweizer

Saunen-Piege

zu kaufen.

Wo? sagt die Geschäftsst.

Altpapier

wird stets angekauft.

Papierfabrik

Ferd. Jagenberg & Söhne

Attefischen, Westerm.

Kunstgewerbeschule Offenbach a. M.

Ausbildung von Schülern und Schülerinnen

Groß-Direktor Prof. Eberhardt

Formerlehrlinge u. Gleibereitagelöhner

gesucht. Albert Döring (G. u. v. S.) Sinn.

Gesucht

Kriegsbeschädigte, rüstige pensionierte Beamte, Handwerker, rührige Geschäftsleute als

Bezirksbeamte

für den Kreis Dill, Wohnort in einem zum Kreis gehörigen Ort gestattet. Festes Gehalt und Nebenbezüge. Meldungen erbeten unt. F. R. D. 980 an Rudolf Rosse, Frankfurt a. M.

Ich beabsichtige, mein in der Hauptstraße gelegenes

Wohnhaus,

welches mit Baden und Einrichtung versehen ist, zu verkaufen Näheres in der Geschäftsstelle.

Eine schöne

2 bis 3 Zimmer-Wohnung

sofort gesucht.

Angebote unter W 1046

an die Geschäftsstelle b. Jg.

3-4 Zimmer (935)

Wohnung

zum 1. Mai zu mieten gesucht. Schriftl. Angebote an Ludwig Gleich, Burbach in Westfalen.

Für die Feiertage empfehle:
 Münchener Augustinerbräu und Lanterbacher Purgbräu

H. Hofmann Nachf.
 Telefon 268.

Rotklee

in bester Ware versendet
 Samenhdl. Decker, Soliger.

3 Hühner

(mit Hühnerchen) u. 1 Hahn zu verkaufen. (1038)
 W. D. Staudt, Reumühle bei Sechshelden.

Hektographenblätter, Ersatzrollen

für Schapirographen- und Optimus-Apparate sind wieder lieferbar, auch an Wiederverkäufer.

Jakob Müller, Siegen.

Alte Geschäfts-Bücher, alte Altea, Zeitungen
 lauft zu den höchsten Preisen unter Garantie des Einstands (1033)
 Albert Rosenthal, Nassau.

Ein Bauplatz

zu verkaufen, ca. 5 Ar (20 Ruten), gelegen in der Dranienstraße. Näheres Hauptstraße 56.

Gesucht wird Grundbesitz

jegli. Art, Wohn-Geschäftshaus, Villa, Landhaus, Hotel, Gasthof, Pension, Gut, Mühle, industri. Betriebe zw. Zuführung an ca. 6000 vorgemerzte Käufer resp. Interessenten, insbesondere auch Kriegsverwundete d. d. Verlag des „Verkaufs-Markt“. Angebote an den „Verkaufs-Markt“, Frankfurt a. M. (Besuch erfolgt kostenlos.)

Nieter

suchen
 Gebr. Achenbach,
 Weidenau-Sieg.

Morgenmädchen

gesucht. Frau Carl Dahn,
 970 Hauptstr. 81.

Montag, den 25. März, abends 8 1/2 Uhr
 kommen auf dem Rathaus zu Soliger nachstehende
 Johann Ebel Weller Bwe. gehörige

Acker und Wiesen

zum öffentlichen Verkauf:
 Auf der Hai. er: 16 ar 25 qm Weide
 Am Reopenberg: 7 " 88 " Acker
 Born Herrnader: 7 " 92 " Acker (Triebsl.)
 Am R. h.: 5 " 84 " Acker mit Obstbäumen
 Gutstüd.: 4 " 26 " Acker
 Im Föhler: 7 " 05 " Acker (Triebsl.)
 Der Beauftragte.

Wetzlar-Braunfelder Konsumverein e. G. m. b. H.

Einladung

zu der am Sonntag, den 7. April 1918, nachmittags 3 Uhr im Hotel Kaltwasser, Wetzlar am Bahnhof stattfindenden

außerordentlichen Generalversammlung

Tages-Ordnung:

1. Geschäftliche Mitteilungen,
2. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken (Paragraph 21 Absatz 9 der Statuten)

Der Vorstand: Der Aufsichtsrat:

J. A.: J. A.:

J. Müller, Vorsitzender. A. Beck, Vorsitzender.

In den nächsten Tagen erhalte ich eine größere Anzahl

landwirtschaftlicher Maschinen

wie Klappflüge mit 1 Schar, zwei u. dreifeldige Eggen, Saks'sche Drillmaschinen, Wessing'sche Düngereisenschnitten, dreiteilige eiserne Walzen zur direkten Abgabe

an die Landwirte.

Die Preise sind vorgesehieben und trotz der heutigen Knappheit an solchen Maschinen sehr niedrig gehalten.

Otto Schramm, Herborn, (Dillkreis)

K.A.-Seifenpulver.

Die Kolonialwarengeschäfte und Wäschereien werden bitten, die Kartenausschnitte und sonstigen Ausweise, zum Bezug von K. A. Seifenpulver berechneten, zu meist und diese der zuständigen Behörde (Bürgermeisteramt) abzuliefern. Diese stellt jedesmal eine gestempelte Bescheinigung darüber aus, wieviel Marken abgeliefert worden sind. Nach dieser Bescheinigung, welche mir bis spätestens 10. jeden Monats einzusenden ist, erfolgt prompte Zusendung.

Franz Henrich,

Kolonialwaren-Großhandlung,

Dillenburg. Telefon 44.

20 Ordarbeiter

finden dauernde Beschäftigung bei dem Wasserleitungsbau der Sprengstofffabrik Hoppecke zu Würgendorf

Ed. Durth, Unternehmer

Salchendorf bei Neunkirchen

Kräftige Arbeiterinnen

für unsere Munitionsfabrik in Siegen und

Hilfs-Arbeiter

für unsere Gießerei Buschhütten gesucht.

Siegerer Maschinenbau Akt.-Ges.

vorm. A. u. S. Orschelhäuser,

Siegen i. Westf.

Statt Karten!

Danksagung.

Für die uns so reichlich erwiesene Teilnahm während der schweren Krankheit und beim Tod meines lieben Mannes sagen wir allen lieben Verwandten und Freunden unseren herzlichsten Dank. Besonders der lieben Schwester Luise, Frau Fr. Conrad, dem Verein deutscher Kolonialwarenführer und dem Beieraner-Verein 1810/11

Frau Ottilie Maurer und Kinder

Dillenburg, den 23. März 1918.